

A N T W O R T

zu der

Anfrage der Abgeordneten Jasmin Maurer (PIRATEN)

betr.: Gewaltopferambulanzen im Saarland

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Das ARD-Politikmagazin „Report Mainz“ berichtete am 02.04.2013, dass es nach Ansicht von Rechtsmedizinern und Opferverbänden für Gewaltopfer keine flächendeckende Versorgung mit rechtsmedizinischen Instituten gäbe. Offenbar werden Gewaltopfer häufig zu ihren Hausärzten oder zu Klinikärzten geschickt, bei denen ihre Verletzungen (Begleit- und Bagatelverletzungen) zum Teil aus Zeitmangel nicht gerichtsfest dokumentiert werden. So gehen laut Expertenaussagen Informationen verloren, die für weitere Ermittlungen und die Spurensicherung notwendig wären. Grund sei eine Unterfinanzierung der Institute und der daraus resultierende Stellenmangel. Ein Vorteil der forensisch sicheren Dokumentation ist auch, dass man rechtliche Schritte auch noch zu einem späteren Zeitpunkt als kurz nach dem Gewaltverbrechen und in der Phase der Traumatisierung der Opfer einleiten kann. Diese Dokumentation der Verletzungen ist folglich sehr wichtig und steht nicht in Konkurrenz mit der ärztlichen Behandlung der Verletzungen oder der therapeutischen Behandlung nach einem traumatischen Erlebnis.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Erfahrung psychischer und physischer Gewalt stellt für die Opfer einen schwerwiegenden Angriff auf ihre persönliche Integrität und körperliche Gesundheit dar. Neben den gesundheitlichen Schädigungen erleiden Gewaltopfer oftmals auch eine schwere Traumatisierung. Die Folgen der Gewalttat zeigen in vielen Fällen langfristig gravierende Auswirkungen, die sich sowohl in privaten Lebenszusammenhängen wie auch im beruflichen Umfeld auswirken. Durch die forensisch gesicherte Spurensicherung unmittelbar nach einem Gewaltdelikt kann die Bearbeitung eines Strafverfahrens durch die Strafverfolgungsbehörden in vielen Fällen erheblich verbessert werden. Die Arbeit in den spezialisierten Beratungsstellen zeigt aber, dass viele Gewaltopfer - unmittelbar nach dem Tathergang - oftmals nicht in der Lage sind, sich in eigener Verantwortlichkeit über die Angebote entsprechender Opferunterstützungseinrichtungen zu informieren und - auch mit Blick auf die Inanspruchnahme einer gerichtsfesten Beweisdokumentation - die zur Verfügung stehenden Unterstützungsangebote wahrzunehmen.

Bei der Erstversorgung und Behandlung der Gewaltopfer sowie bei der gerichtsfesten Dokumentation von Gewaltpuren kommt vor allem niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten in Praxen und Kliniken aufgrund ihres besonderen Vertrauensverhältnisses eine wichtige Bedeutung zu. Im Bereich Häusliche Gewalt werden daher insbesondere für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte Informationsveranstaltungen und Fortbildungen zu arztrechtlichen und Beweissicherungsfragen in Zusammenarbeit mit der Rechtsmedizin am Klinikum Saarbrücken und dem Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes angeboten. Ferner hat die Landesregierung entsprechendes Informationsmaterial erstellt. Der Landesregierung liegen keine Informationen vor, wonach Gewaltopfer in der Vergangenheit aufgrund zu hoher Arbeitsbelastung in der Rechtsmedizin oder mit Verweis auf einen Stellenmangel abgewiesen und an Haus- und Klinikärzte verwiesen worden sind.

Welche Anlaufstellen können Opfer von Gewaltverbrechen (z.B. nach häuslicher Gewalt, Vergewaltigung usw.) im Saarland aufsuchen?

Zu Frage 1:

Gewaltopfer können im Saarland die Rechtsmedizin am Klinikum Saarbrücken (REMAKS) GmbH, das Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes, die Bereitschaftsdienstpraxen der Kassenärztlichen Vereinigung Saarland, die Notdienst-Ambulanzen der Kliniken und die Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte aufsuchen.

Existieren neben der Opferambulanz am Klinikum Saarbrücken (REMAKS) noch weitere Gewaltopferambulanzen im Saarland oder sind weitere geplant?

Zu Frage 1a:

Das Saarland hält als Teil der Medizinischen Fakultät in Homburg ein Institut für Rechtsmedizin vor. Im Rahmen der Spurensicherung und Tatortbegutachtungen erbringt das Institut für Rechtsmedizin auch Dienstleistungen im Rahmen der Spurensicherung von Gewaltverbrechen. Informationen über weitere Planungen liegen der Landesregierung nicht vor.

Gibt es eine zentrale Stelle, die die Opfer im Notfall an die entsprechende Institution vermittelt?

Zu Frage 1b:

Nein, eine zentrale Vermittlungsstelle gibt es nicht. Eine „förmliche Überweisung“ oder „Anweisung“ an das Opfer, sich an eine bestimmte Stelle zu wenden, erfolgt durch die Polizei nicht. In geeigneten Fällen weist die Polizei das Opfer auf einen Arztbesuch zum Zwecke der Beweissicherung hin und erläutert die Notwendigkeit eines ärztlichen Attests zur Beweissicherung. Sofern es für das Strafverfahren erforderlich ist, wird im Rahmen des ersten Zugriffs zur Erforschung des Sachverhaltes i.S.d. § 163 Strafprozessordnung (StPO) von der Polizei eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft über die Erstellung eines medizinischen Gutachtens eingeholt. In Fällen, in denen sich die Betroffenen nach einer Gewalttat nicht unmittelbar an die Polizei, sondern an eine Opferunterstützungseinrichtung, an eine Beratungsstelle oder auch an das bundesweite Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen wenden, werden sie auf Wunsch an das Institut für Rechtsmedizin oder an die Rechtsmedizin am Klinikum Saarbrücken (REMAKS) vermittelt.

Wie finanzieren sich die Gewaltopferambulanzen oder andere Anlaufstellen für Opfer von Gewaltverbrechen? Mit welcher Summe beteiligt sich das Land an deren Finanzierung und unter welchen Haushaltstitel fällt sie?

Zu Frage 2:

Bei der Rechtsmedizin am Klinikum Saarbrücken (REMAKS) GmbH handelt es sich um ein privatrechtlich geführtes Wirtschaftsunternehmen. Der Landesregierung liegen keine Informationen zur finanziellen Situation der GmbH vor. Das Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes finanziert sich - soweit Forschung und Lehre betroffen sind - über den Globalhaushalt der Universität. Weiter hat das Institut für Rechtsmedizin Einnahmen aus Gebühren und Entgelten, die von den Auftraggebern (im Wesentlichen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte) gezahlt werden sowie aus einem im Haushalt des Ministeriums der Justiz veranschlagten Beitrag zu den Kosten des Dienstleistungszentrums Rechtsmedizin an der Universität des Saarlandes.

Wie viele Gewaltopfer gab es seit 2011 im Saarland und wie viele wurden in eine Gewaltopferambulanz oder an andere Stellen, die sich Opfern von Gewaltverbrechen annehmen, überwiesen? Bitte nach Art des Verbrechens, Jahren, Geschlecht, Alter und Ambulanz aufschlüsseln.

Zu Frage 3:

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden zu den Delikten der Gewaltkriminalität die Opfer nach Alter und Geschlecht ausgewiesen. Unter Gewaltkriminalität werden folgende Straftaten zusammengefasst:

- Mord
- Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB
- Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4, 178 StGB
- Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer
- Körperverletzung mit Todesfolge §§ 227, 231 StGB
- Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 StGB
- Erpresserischer Menschenraub
- Geiselnahme
- Angriff auf den Luft- und Seeverkehr

Einige Delikte, wie „einfache Körperverletzung“ oder „sexueller Missbrauch von Kindern“, fallen nicht unter diesen bundeseinheitlich festgelegten Gewaltbegriff der PKS.

In den als Anlage beigefügten beiden Tabellen für die Jahre 2011 und 2012 sind die Anzahl der Gewaltdelikte im Sinne der PKS nach Vollendung (VOLL) Versuche (VERS) und Insgesamt (INSG) und die Anzahl der Opfer nach Alter und Geschlecht ausgewiesen. Innerhalb der Tabelle werden nur diejenigen Delikte ausgewiesen, bei denen der Wert größer 0 (Null) beträgt.

Eine „förmliche Überweisung“ oder „Anweisung“ an das Opfer, sich an eine bestimmte Stelle zu wenden, erfolgt durch die Polizei nicht. In geeigneten Fällen weist die Polizei das Opfer auf einen Arztbesuch zum Zwecke der Beweissicherung hin und erläutert die Notwendigkeit eines ärztlichen Attests zur Beweissicherung. Sofern es für das Strafverfahren erforderlich ist, wird im Rahmen des ersten Zugriffs zur Erforschung des Sachverhaltes i.S.d. § 163 Strafprozessordnung (StPO) von der Polizei eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft über die Erstellung eines medizinischen Gutachtens eingeholt.

In welcher Art und Weise wird die Bevölkerung darüber informiert, welche Möglichkeiten sie nach einer zugefügten Gewalttat hat bzw. welche Stellen sie im Saarland aufsuchen kann?

Zu Frage 4:

Spezialisierte Beratungsstellen sowie Opferunterstützungseinrichtungen informieren im Rahmen ihrer allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit über die bestehenden Hilfe- und Unterstützungsangebote (Internet, Broschüren, Publikationen, Veranstaltungen). Über das bundesweite Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen sind die Rechtsmedizin am Klinikum Saarbrücken und das Institut für Rechtsmedizin der Universität des Saarlandes in das Hilfenetz integriert, so dass Anruferinnen direkt weitervermittelt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtsmedizin am Klinikum Saarbrücken bewerben die vom Institut angebotenen Leistungen in eigener Verantwortlichkeit. Über die Angebote des Instituts für Rechtsmedizin informiert die Universität des Saarlandes.

Eine Information an die Bevölkerung des Saarlandes, welche Möglichkeiten sie nach einer zugefügten Gewalttat hat bzw. welche Stellen sie im Saarland aufsuchen kann, erfolgt durch die Polizei nicht flächendeckend. Im konkreten Einzelfall informiert die Polizei jedes Opfer eines Gewaltdelikttes über seine Rechte als Verfahrensbeteiligte und Geschädigte im Strafverfahren durch Belehrung und Aushändigung des von der Justiz in mehreren Sprachen herausgegebenen „Merkblatts über Rechte von Verletzten und Geschädigten in Strafverfahren“ i.S.d. § 406h StPO. Ferner wird das Opfer auch gemäß des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) belehrt, wenn es durch eine Gewalttat einen gesundheitlichen Schaden erlitten hat. Je nach Sachlage und Beratungsbedarf erhält das Opfer darüber hinaus Hinweise zu staatlichen oder nichtstaatlichen Stellen, bei denen es wirksame und schnelle Hilfe erhalten kann. In Fällen häuslicher Gewalt werden die Opfer von der Polizei über das proaktive Beratungsangebot der „Beratungs- und Interventionsstelle für Opfer häusliche Gewalt“ informiert. In Fällen, in denen das Opfer erkennbar unter dem Tatgeschehen leidet (Traumatisierung), erfolgt ein Hinweis über die Hilfsangebote der Opferhilfeeinrichtung „WEISSER RING e.V.“ durch die Polizei.

Werden die Tatspuren bzw. Verletzungen in den Gewaltopferambulanzen anonym und vertraulich gerichtsfest gesichert und dokumentiert?

Zu Frage 5:

In beiden genannten Einrichtungen besteht die Möglichkeit, Tatspuren und Verletzungen anonym und gerichtsfest zu dokumentieren.

Gibt es bereits konkrete Pläne zur Schaffung von anderen Stellen zur anonymen Spurensicherung?

Zu Frage 5a:

Per Landtagsbeschluss vom 24. April 2013 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie beauftragt, ein geeignetes Verfahrensmodell zur vertraulichen, anonymen Spurensicherung nach Sexualstraftaten zu entwickeln. Die IMAG hat am 26. April 2013 ihre Arbeit aufgenommen.

Schl.	Tabelle: 91 - Bund Bereich: Saarland		Opfer in s g e s a m t			K i n d e r				Jugendliche		Heranwachs.		E r w a c h s e n e			
Zahl	Berichtszeitraum: 01.01.2011/31.12.2011					bis unter 6 Jahre		6 bis unter 14 Jahre		14 bis unter 18 Jahre		18 bis unter 21 Jahre		21 bis unter 60 Jahre		60 und mehr Jahre	
der Tat	Klartextliche Deliktsbezeichnung		insges.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
0100	Mord § 211 StGB	VOLL	3	1	2									1	2		
0100	Mord § 211 StGB	VERS	13	8	5						1			7	3	1	1
0100	Mord § 211 StGB	INSG	16	9	7						1			8	5	1	1
0200	Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB	VOLL	5	3	2									2	1	1	1
0200	Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB	VERS	9	9						1				7		1	
0200	Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB	INSG	14	12	2					1				9	1	2	1
1110	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4, 17	VOLL	70	2	68						14		9	2	45		
1110	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4, 17	VERS	13		13						1		2		10		
1110	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4, 17	INSG	83	2	81						15		11	2	55		
2100	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraft	VOLL	421	273	148		1	13	2	41	5	35	14	165	97	19	29
2100	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraft	VERS	75	44	31			3	3	6	1	4		29	24	2	3
2100	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraft	INSG	496	317	179		1	16	5	47	6	39	14	194	121	21	32
2210	Körperverletzung mit Todesfolge §§ 227, 231 StGB	VOLL	3	2	1					1						1	1
2210	Körperverletzung mit Todesfolge §§ 227, 231 StGB	INSG	3	2	1					1						1	1
2220	Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 StG	VOLL	2.344	1.731	613	3	3	82	20	190	84	304	91	1.097	388	55	27
2220	Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 StG	VERS	292	223	69			8	3	12	10	24	6	163	47	16	3
2220	Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 StG	INSG	2.636	1.954	682	3	3	90	23	202	94	328	97	1.260	435	71	30
2340	Geiselnahme § 239b StGB	VOLL	2		2						1				1		
2340	Geiselnahme § 239b StGB	INSG	2		2						1				1		
8920	Gewaltkriminalität	VOLL	2.848	2.012	836	3	4	95	22	232	104	339	114	1.267	534	76	58
8920	Gewaltkriminalität	VERS	402	284	118	0	0	11	6	19	13	28	8	206	84	20	7
8920	Gewaltkriminalität	INSG	3.250	2.296	954	3	4	106	28	251	117	367	122	1.473	618	96	65

Schl. Zahl der Tat	Tabelle: 91 - Bund Bereich: Saarland Berichtszeitraum: 01.01.2012/31.12.2012 Klartextliche Deliktsbezeichnung		Opfer in s g e s a m t			K i n d e r				Jugendliche		Heranwachs.		E r w a c h s e n e			
						bis unter 6 Jahre		6 bis unter 14 Jahre		14 bis unter 18 Jahre		18 bis unter 21 Jahre		21 bis unter 60 Jahre		60 und mehr Jahre	
			insges.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
010000	Mord § 211 StGB	VOLL	2		2				1						1		
010000	Mord § 211 StGB	VERS	7	7				2						2		3	
010000	Mord § 211 StGB	INSG	9	7	2			2	1					2	1	3	
020000	Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB	VOLL	6	1	5									1	2		3
020000	Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB	VERS	10	7	3									6	2	1	1
020000	Totschlag und Tötung auf Verlangen §§ 212, 213, 216 StGB	INSG	16	8	8									7	4	1	4
111000	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4,	VOLL	72	1	71				1		20		11	1	37		2
111000	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4,	VERS	17		17						2		1		12		2
111000	Vergewaltigung und sexuelle Nötigung §§ 177 Abs. 2, 3 und 4,	INSG	89	1	88				1		22		12	1	49		4
210000	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kra	VOLL	549	352	197			17		46	12	34	27	228	124	27	34
210000	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kra	VERS	108	57	51			3		12	3	5	5	32	35	5	8
210000	Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kra	INSG	657	409	248			20		58	15	39	32	260	159	32	42
222000	Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 St	VOLL	2.182	1.568	614	3	3	71	29	167	78	221	82	1.067	384	39	38
222000	Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 St	VERS	312	217	95		1	6		17	7	22	13	164	65	8	9
222000	Gefährliche und schwere Körperverletzung §§ 224, 226, 231 St	INSG	2.494	1.785	709	3	4	77	29	184	85	243	95	1.231	449	47	47
234000	Geiselnahme § 239b StGB	VOLL	0														
234000	Geiselnahme § 239b StGB	VERS	2		2		1								1		
234000	Geiselnahme § 239b StGB	INSG	2		2		1								1		
892000	Gewaltkriminalität	VOLL	2.811	1.922	889	3	3	88	31	213	110	255	120	1.297	548	66	77
892000	Gewaltkriminalität	VERS	456	288	168	0	2	11	0	29	12	27	19	204	115	17	20
892000	Gewaltkriminalität	INSG	3.267	2.210	1.057	3	5	99	31	242	122	282	139	1.501	663	83	97